



Newsletter *Migration und Integration*, Ausgabe 19/2011

Bremen, 16. Dezember 2011

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche hat sich die Bremische Bürgerschaft intensiv mit der Mord- und Straftatenserie der Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ beschäftigt. Auf erschreckende Weise wurde durch die Morde an Migranten deutlich, welche verheerenden Folgen die Verharmlosung von rechtsextremistischem und rassistischem Gedankengut haben kann. Aktuell hierzu ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh. Darüber hinaus berichten wir über weitere aktuelle Parlamentsinitiativen.

Eine gute Lektüre wünschen
Zahra Mohammadzadeh und Antrhin Simon

Wir trauern – und unser Traum ist erschüttert

Ein Beitrag von Zahra Mohammadzadeh

Enver Şimşek und Abdurrahim Özüdoğru aus Nürnberg, Süleyman Taşköprü aus Hamburg, Habil Kılıç aus München, Yunus Turgut aus Rostock, İsmail Yaşar aus Nürnberg, Theodoros Boulgarides aus München, Mehmet Kubaşık aus Dortmund, Halit Yozgat aus Kassel und Michèle Kiesewetter aus Heilbronn – diese zehn Menschen fielen der Mordserie der rechtsextremistischen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ zum Opfer. Zehn Menschen wurden ermordet, davon neun Migranten. Keine Politiker, keine Prominenten, sondern kleine Unternehmer, Handwerker, eine Polizistin: „normale“ Menschen eben.

Die Morde erschüttern uns. Die Opfer hatten Partner, Ehefrauen, Kinder, Familien. Ihr Leid erschüttert uns. Aber was uns darüber hinaus erschüttert, ist die Reaktion der Gesellschaft. Da ist zunächst die Reaktion einiger Ermittlungsbehörden. Ihnen fiel nichts Besseres ein als die Mörder in „Kreisen der türkischen Mafia“ zu vermuten. Die bei ihnen offenbar vorhandenen Vorbehalte gegenüber MigrantInnen äußern sich schon in dem Namen, den sie der Sonderkommission gaben: „Soko Bosphorus“. Dabei interessierte nicht, ob die Ermordeten tatsächlich Türken oder Griechen waren oder deutsche Staatsbürger. Es reichte, sie zu stigmatisieren. Diese Stigmatisierung

setzte sich in Teilen der Medien fort, die schnell nur noch von den „Dönermorden“ berichtete.

Die Morde erschüttern auch unseren Traum. Sie erschüttern unseren Traum, eines Tages hier zu Hause zu sein, ganz real und selbstverständlich und unhinterfragt.

Wie konnte es passieren, dass die Ermittlungsbehörden Jahre lang ohne greifbares Ergebnis nach den Tätern suchten? Hinweise deuten an, wie nah ihnen auch einzelne Verfassungsschutz-Mitarbeiter standen, bis hin zur Anwesenheit in unmittelbarer Nähe der Tatorte, während die Taten begangen wurden. Es ist erschreckend und unheimlich, dass zuerst behauptet wurde, von den Tätern nichts zu wissen, und dann plötzlich reihenweise Akten in den Regalen einiger Verfassungsschutzämter auftauchten.

Es bleiben viele Fragen offen, viele davon werden vielleicht nie geklärt werden. Geklärt werden können aber der Rassismus und die Ablehnung, die sich im Umgang der veröffentlichten Meinung mit der Mordserie äußert. Dass man den Eindruck gewinnen kann, dass die NPD offenbar in nicht unwesentlichen Teilen eine Staatsveranstaltung ist, deren Führungspersonen auf den Gehaltslisten einiger Verfassungsschützer in Bund und Ländern stehen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Wenn die Verfassung nicht geschützt wird, werden auch die Menschen nicht geschützt.

Jenseits dieser Überlegungen und Suche nach Erklärungen trauern wir um alle Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und bedauern den Verlust von Menschen, denen dieses Land hätte eine Heimat sein sollen.

Aus der Bremischen Bürgerschaft

Die Würde des Menschen ist unantastbar

Resolution gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Mit einer von allen Fraktionen getragenen EntschlieÙung gedachte heute die Bürgerschaft der Opfer und Angehörigen der Mordserie einer nationalsozialistischen Terrorgruppe. Zugleich bekräftigte die Bürgerschaft ihr Eintreten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. So heißt es unter anderem in dem Antrag: "Wir werden rechtsextremistischem und rassistischem Gedankengut in allen gesellschaftlichen Bereichen weiterhin gemeinsam mit aller Entschlossenheit entgegentreten und die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung vertieft fortsetzen. Dazu ist eine umfassende Analyse – auch der gesellschaftlichen und sozialen Ursachen – unverzichtbar; aus Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass rechtsextremistische Täter und rassistische Taten konsequent strafrechtlich verfolgt werden und dass Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Anfeindungen sowie Angriffe Solidarität und Unterstützung erfahren." Lesen Sie hier weiter: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/399/399214.die_sitzungen_im_dezember_2011.html

Den gemeinsamen Entschließungsantrag der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft finden Sie hier: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/399/399218.antrag_rechtsextremistischem_gedankengut.pdf

Familienbesuche für MigrantInnen erleichtern

Gäste aus Nicht-EU-Ländern, die nach Bremen zu einem Familienbesuch kommen wollen, benötigen in der Regel ein Visum, selbst dann, wenn der oder die Einladende längst die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Dies gilt zum Beispiel für Gäste aus der Türkei, aus Russland, aus afrikanischen und den meisten asiatischen Ländern. Voraussetzung ist dann, neben der rechtzeitigen Antragstellung im Herkunftsland des Gastes, dass die Person, die einlädt, eine Verpflichtungserklärung abgibt oder eine finanzielle Sicherheit hinterlegt zur Sicherung sämtlicher Kosten, die der öffentlichen Hand für die Dauer des Aufenthalts des Gastes im Bundesgebiet entstehen könnten. Oftmals dauert das Genehmigungsverfahren so lange, dass die Familienfeier längst vorbei ist, wenn endlich das Visum erteilt wird. Manche Familien verfügen aber auch nicht über ein hinreichendes Einkommen, um eine wirksame Verpflichtungserklärung abgeben zu können oder die finanzielle Sicherheit zu hinterlegen; manchmal wird die Genehmigung des Besuchs auch einfach im Ermessenswege nicht erteilt. Lesen Sie weiter unter: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dok/399/399214.die_sitzungen_im_dezember_2011.html

Den Antrag zur Vereinfachung der Visumpflicht für Familienangehörige finden Sie hier: http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/Drs-18-134_617.pdf

Presse

Einbürgerung für Kinder und Jugendliche erleichtern!

Die Grünen wollen die Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen erleichtern. Kindern und Jugendlichen, die mit Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen in Bremen leben, muss durch die konsequente Anwendung des internationalen Übereinkommens über die Rechte des Kindes die erleichterte Einbürgerung ermöglicht werden. Einen entsprechenden Antrag haben die Grünen nun auf den Weg gebracht. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher Björn Fecker: „Wir machen einen weiteren wichtigen Schritt, um hier aufgewachsenen und gut integrierten Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen. Grüner Grundsatz ist: hier geboren, hier zuhause. Die zuständigen Bremer Behörden müssen alle Spielräume nutzen, damit diese Kinder und Jugendlichen eingebürgert werden. Gleiche Teilhaberechte sind für die Integration unverzichtbar. Bisher werden bereits im Land vorhandenen Talente vergeudet. Das ist auch angesichts des drohenden Fachkräftemangels unverantwortlich und muss geändert werden. Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist dringend geboten. Doch auch was das angeht, ist die schwarz-gelbe Bundesregierung eine Enttäuschung.“

Aus dem Bund

Bleiberecht: Innenminister stehen sich aus der Verantwortung

Anlässlich des Abschlusses der Innenministerkonferenz (IMK) erklärt Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Flüchtlingspolitik: Dieses Nicht-Ergebnis ist erschreckend und enttäuschend. Erneut haben die Innenminister von Bund und Ländern sich nicht darauf verständigen können, das Problem der sogenannten Kettenduldungen zu lösen und dauerhaft hier lebenden Menschen, die kein Bleiberecht besitzen, eine langfristige Lebensperspektive zu ermöglichen. Jetzt sind die einzelnen Länder gefordert, unverzüglich eigene Anschlussregelungen zu schaffen, um zumindest die Ende des Jahres auslaufenden Aufenthaltserlaubnisse "auf Probe" zu verlängern. Einen Durchbruch gab es jedoch bei der Aufnahme besonders gefährdeter Flüchtlinge: Die angekündigte Beteiligung Deutschlands an einem dauerhaften Resettlement-Programm in Zusammenarbeit mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge ist ein richtiges und wichtiges Signal für Europa. Wenn auch die Zahl der künftig jährlich aufzunehmenden Personen mit 300 gering ausfällt, ist dies doch ein erster Erfolg des verdienstvollen Vorstoßes aus Rheinland-Pfalz.

Aufnahmekontingent von Flüchtlingen aus Malta reicht nicht aus

Anlässlich der Ankunft von 152 afrikanischen Flüchtlingen aus Malta in Deutschland erklärt Josef Winkler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Flüchtlingspolitik: Die Aufnahme der 152 Flüchtlinge aus Malta hat sich lange hingezogen. Es ist gut, dass die Flüchtlinge aus Eritrea, Sudan und Somalia nun in Deutschland endlich Schutz finden. Es ist aber angesichts der Flüchtlingstragödie rund um das Mittelmeer nicht ausreichend. Zumal sich in den Bundesländern sowie in vielen Kommunen inzwischen die Bereitschaft findet, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und den Appellen des Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen nach der Bereitstellung eines regelmäßigen Aufnahmekontingents nachzukommen. Rheinland-Pfalz hat erfreulicherweise dieses Thema für die nächste Innenministerkonferenz angemeldet. Der Bundesinnenminister muss sich nun auch für ein großzügiges Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge einsetzen und endlich die Rücküberstellungspraxis von Deutschland nach Malta beenden.

Integrationskurse - Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Viele Jahre sind die Integrationskurse auf großes Interesse gestoßen: 700.000 Personen haben teilgenommen - mehrheitlich sogenannte Alteinwanderer und ganz überwiegend freiwillig. Zuletzt sind die Teilnehmendenzahlen aber stark rückläufig. Zudem erreicht nur die Hälfte der Kursteilnehmer das für eine Aufenthaltsverfestigung erforderliche Sprachniveau B1.

Und die Bundesregierung? Sie schaut tatenlos zu! Wir wollen hier einen

www.gruene-fraktion-bremen.de

Kurswechsel. Die Zahl der Teilnehmenden soll so erhöht werden: Zum einen durch eine effektive Ansprache sogenannter Alleinwanderer sowie durch einen Teilnahmeanspruch auch für bleibeberechtigte Flüchtlinge. Die Kursqualität wollen wir verbessern, indem wir endlich die völlig unterbezahlten Lehrkräfte adäquat bezahlen und die maßgebliche Mindestvergütung von derzeit 15 Euro auf 24 Euro anheben. Kursträger in Regionen mit nur wenigen Integrationskursberechtigten müssen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie es besser gelingen könnte, homogene Lerngruppen zusammenzustellen. Durch bessere Rahmenbedingungen wie zum Beispiel mehr Kursstunden, mehr Teilzeitkurse, mehr qualifizierte Kinderbetreuung kann die Kursqualität verbessert werden.

Hier finden Sie den Antrag Qualität der Integrationskurse verbessern:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/076/1707639.pdf>

Stellungnahme zur Studie: „Zwangsverheiratung in Deutschland – Anzahl und Analyse von Beratungsfällen“

Einige Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats der Studie „Zwangsverheiratung in Deutschland“, die das Bundesfamilienministerium vor kurzem herausgegeben hat, haben jetzt eine kritische Stellungnahme zum Gastbeitrag von Familienministerin Kristina Schröder in der FAZ veröffentlicht. Die Interpretation der Ergebnisse von Frau Schröder führte zu großem Befremden, sodass sich Beiratsmitglieder und TeilnehmerInnen des wissenschaftlichen Workshops der Studie zu einer Richtigstellung bewegen fühlten. Die Stellungnahme können Sie hier im Wortlaut nachlesen:

<http://www.deutsch-tuerkische-nachrichten.de/2011/11/10631/stellungnahme-im-wortlaut-wissenschaftler-ueber-schroeders-beitrag-zu-zwangsehen/>

Den Gastbeitrag von Frau Schröder finden Sie hier:

<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/aktuelles.did=175396.html>

Aktuelles

KAUSA Medienpreis zeigt gelungene Bildungsbiografien von MigrantInnen

Jetzt hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zum zweiten Mal den KAUSA Medienpreis vergeben – an elf junge Journalistinnen und Journalisten, die eine Vielzahl an Bildungswegen von Migrantinnen und Migranten in Deutschland aufgespürt und auf herausragende Weise über diese berichtet haben. „Wir haben eine Riege talentierter Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten ausgezeichnet, die allesamt unter Beweis gestellt haben, dass man der Migrationsdebatte neue Anstöße geben kann – indem man genau hinschaut und die vielen, oftmals medial nicht sichtbaren Beispiele erfolgreicher Integration in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellt“, sagte BMBF-Staatssekretärin Cornelia Quennet-Thielen bei der Preisverleihung in Berlin. Aus 173 Einsendungen hatte die

www.gruene-fraktion-bremen.de

mit prominenten Journalisten und Medienexperten besetzte Jury zuvor die besten Beiträge in den Bereichen Print/Online, Hörfunk und Fernsehen/Multimedia ausgewählt. „Da Medien häufig über Misserfolge bei der Integration berichten, ist es umso wichtiger, dass die Positivbeispiele in die Öffentlichkeit getragen werden. Die von uns prämierten Journalistinnen und Journalisten haben mit ihren Berichten und Reportagen wesentlich dazu beigetragen“, sagte Quennet-Thielen. Bitte lesen Sie hier weiter: http://www.jobstarter.de/media/Gewinner_Kausa_Medienpreis_2011.pdf

Mehr Informationen zu den PreisträgerInnen und den Nominierten finden Sie hier: <http://www.kausa-medienpreis.de/>

Ansprechpartnerinnen für Nachfragen:



Zahra Mohammadzadeh, integrations- und migrationspolitische Sprecherin
zahra.mohammadzadeh@gruene-bremen.de
Tel.: 3011 – 155



Antrhin Simon, Parlamentsreferentin für Migration und Integration
antrhin.simon@gruene-bremen.de
Tel.: 3011 – 238

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.

Zum Abmelden des Newsletters führen Sie folgenden URL im Browser aus:
<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/migration-bremen>